

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Dresden
Verleger: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Dresden
Telefon: 1111

Druckort: Dresden
Druck: Carl Neubauer
Hauptredaktion: Dresden
Telefon: 1111

Verlag: Neudruck
Hauptredaktion: Dresden
Telefon: 1111

Reichstagswahlen vielleicht schon im Juni

Goerdeler lehnt das Arbeitsministerium ab

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Juni. Am Donnerstagnachmittag um 5,30 Uhr fand in der Reichskanzlei die Vereidigung der Mitglieder des neuen Reichskabinetts durch den Reichspräsidenten u. Hindenburg statt. Im Anschluß daran trat das Kabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen, die naturgemäß der Erledigung der zahlreichen formalen Angelegenheiten, die mit dem Kabinettswechsel verbunden sind, die Ernennungen der an die Stelle der auscheidenden hohen politischen Beamten, wie des Staatssekretärs der Reichskanzlei, des Reichspressesekretärs usw., tretenden Persönlichkeiten wurden befaßt.

Bereits am Freitag wird aber das neue Kabinett die sachliche Arbeit aufnehmen und zunächst im Rahmen einer Ministerbesprechung den Vorkurs der Regierungserklärung festlegen.

Die Frage, ob die Regierungserklärung, wie das bisher üblich war, vor dem Reichstag abzugeben werden wird, ist noch nicht geklärt. Der Kabinettsrat des Reichstags dürfte am Sonnabend zusammentreten, um den Termin für den Wiederbeginn der Reichstagsverhandlungen festzusetzen, und bis dahin dürfte auch eine Fühlungnahme des Reichskanzlers mit dem Reichstagspräsidenten über die gleich die Angelegenheit festzustellen haben; doch gewinnt in politischen Kreisen die Ansicht an Boden, daß der Reichstag ähnlich, wie es bereits im Jahre 1924 unter der Kanzlerschaft von Dr. Marx geschah, durch ein Schreiben an den Reichstagspräsidenten und eine entsprechende Verordnung des Reichspräsidenten aufgelöst wird, so daß dieser Reichstag gar keine Gelegenheit mehr hat, sich über seine Stellung gegenüber dem neuen Kabinett schlüssig zu werden.

Sollte die Auflösung des Reichstages beschlossen werden, so hält man es für möglich, daß nicht, wie ursprünglich angenommen, eine Verschiebung der Neuwahlen auf einen möglichst späten Termin, sondern vielleicht eher auf einen möglichst frühen Termin erfolgt. Man nennt dafür bereits das Ende des Monats Juni, um auf diese Weise eine Störung der Erntearbeiten durch die Wahlpropaganda zu vermeiden.

Der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, will auf den Brief des Reichskanzlers von Papen eine Antwort geben, die im Laufe des Freitags zur Veröffentlichung gelangen und in der nochmals begründet werden soll, warum das Zentrum mit Herrn von Papen zusammenarbeiten

nicht in der Lage sei. Es ist möglich, daß dieser Brief über die Rundgebung der Zentrumspartei vom Mittwoch hinausgehend die Ankündigung bringt, daß das Zentrum sich zur Bekundung seines Mißtrauens genötigt sehen würde.

Inzwischen liegen auch von einigen der kleineren Parteien Neuierungen über die Zielsetzung zum Kabinett Papen vor.

Daß die Staatspartei das Kabinett, wie es in einer entsprechenden Mitteilung heißt, „mit aller Bestimmtheit“ ablehnt, ist nach der Einstellung dieser Partei nicht weiter verwunderlich. Der Christlich-Sozialen Volksdienst, dessen Fraktion heute im Reichstag saß, hat sich zunächst für eine abwartende Haltung entschieden. Man will „selbstverständlich auch diese Regierung nicht von vornherein in ihrer Arbeit zu hindern suchen, wenn auch ihre Bezeichnung, als „Regierung der nationalen Konzentration“, sachlich unbegründet ist“. Die Landvolkpartei, die gleichfalls heute eine Sitzung abhielt, hat noch keinerlei Beschlüsse gefaßt.

Ämtlich wird jetzt mitgeteilt, daß der Leipziger Oberbürgermeister

Dr. Goerdeler das ihm angebotene Arbeitsministerium abgelehnt

hat. Mit der vorläufigen Verwaltung dieses Ministeriums ist, wie schon gemeldet, der Staatswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold betraut worden. Bei dieser Betrauung handelt es sich aber, wie betont wird, lediglich um ein Provisorium. Wer als definitiver Arbeitsminister in Aussicht genommen ist, ist eine Frage, die zur Zeit noch nicht entschieden ist, die aber auch nicht mehr von erheblicher Bedeutung ist.

Lutz Graf Schwerin von Krosigk

der im 46. Lebensjahre steht, war nach Abschluß des Studiums der Rechts- und Staatswissenschaften zunächst bei der preussischen Verwaltung tätig und fand während des Krieges am Anfang bis zum Schluss im Felde. Nach dem Krieges kam er als Regierungsdirektor an das Landratsamt in Hindenburg und 1920 in das Reichsfinanzministerium, wo er zunächst in der Friedensvertragsabteilung tätig war. Er wurde 1924 Ministerialrat, 1925 Generalstaatsreferent und 1929 Ministerialdirektor und Leiter der Staatsabteilung.

Das neue Reichskabinett



Reichskanzler v. Papen



Reichsaußenminister Febr. v. Neurath



Post- und Verkehrsminister Lig. v. Kube nach



Ernährungsminister und Oekonomischer Febr. v. Braun



Reichswehrminister General v. Schleicher



Reichsinnenminister Febr. v. Bahl



Reichswirtschaftsminister Prof. Dr. Warmbold



Reichsfinanzminister Graf Schwerin v. Krosigk

Der Wiederhall im Ausland

Soviel kann man heute schon feststellen, daß der deutsche Regierungswechsel nicht die katastrophalen Folgen für die Auslandsbeziehungen gehabt hat, die von der Presse des abgedankten Reichskanzlers für den Fall seines Sturzes vorausgesehen waren. Es ist nicht so, daß mit seiner Person und mit den Verbindungen, die er in Genf und in den verschiedenen Hauptstädten Europas angeknüpft hat, die deutsche Außenpolitik steht und fällt. Natürlich ist es nicht schwer, in der französischen und polnischen Presse Stimmen zu sammeln, die Brünings Sturz und Papens Ernennung mit gebührenden Kommentaren begleiten, und unsere Linkspresse hat, alter Gewohnheit treu, wieder ihr mögliches getan, um solche Unterfälle in den Vordergrund zu stellen. Im übrigen erkennt man in diesen Betrachtungen über das „Ende der deutschen Republik“ und den „Triumph der Junker und Generale“ alle die Französischen wieder, die seit Wochen und Monaten von der deutschen Linkspresse ins Ausland geworfen wurden und die von den Gegenspielern jetzt prompt zurückgeschleudert werden.

Davon brauchen sich die Männer, in deren Händen jetzt die Führung der deutschen Außenpolitik liegt, nicht kopfschütteln zu lassen. Um so weniger, als im großen ganzen die Aufnahme der Regierung, die auch im Ausland als Wegbereiterin für die Herrschaft der nationalen Opposition aufgefaßt wird, gar nicht so ungünstig ist, das man für ihren außenpolitischen Start Befürchtungen hegen möchte. Im Gegenteil, der Gesamteindruck zeigt, daß die Mächte, mit denen wir und demnach über die wichtigsten Fragen des europäischen Zusammenlebens auseinanderzusetzen haben, ein Gefühl der Erleichterung empfinden über die beginnende Klärung, die den bisher widerwärtigen Regierungswahlverhältnissen in Deutschland ein Ende bereitet. Die Grundnote in fast allen Pariser Erörterungen läßt sich zusammenfassen in den wie ein Stoßwort klingenden Worten: Jetzt sehen wir wenigstens klar, daß der deutsche Kurs nach rechts geht; die ausübende Ungewißheit der letzten Monate hat somit ein Ende. Den gleichen Ton schlägt die maßgebende Presse in England und Amerika an, wenn sie schreibt, der deutsche Regierungswechsel werde nicht so störende Wirkungen haben, als viele annehmen geneigt seien. Daß Italien eine nationale Konzentration in Deutschland sympathisch beäugelt würde, stand ja von vornherein fest. Ueber alle Länder verteilt findet man die Meinung, daß „der starke Turm Hindenburg“ Gewähr dafür biete, daß die Neuorientierung der deutschen Politik nicht in Abenteuer und unüberlegte Experimente ausartet. Inwieweit den Zielen kann man sogar ganz deutlich lesen, daß Brünings infolge der innerdeutschen Ereignisse, die seinem System den Boden weggezogen hatten, nicht mehr in der Lage gemessen wäre, die bevorstehenden Verhandlungen mit der notwendigen Autorität zu führen und daß man in den realpolitisch eingestellten Kreisen des Auslandes zwar größere Schwierigkeiten befürchtet, aber auch fruchtbarere Ergebnisse erhofft, wenn bei den bevorstehenden Konferenzen deutsche Vertreter das Wort führen, die sich auf das Vertrauen der nationalen Massen stützen.

Ueber einen für die nächste Zukunft sehr wichtigen Punkt ist sich die ganze Gemeinschaft unserer Tributabhängiger völlig klar: daß, wie „Daily Telegraph“ es formuliert, die deutsche Sache in Lausanne dieselbe ist, was immer für eine Regierung im Amte sei, nämlich die, daß die „Reparationen“ verschwinden müßten. Diese zum Gemeingut Europas gewordene Einsicht wird es Herrn von Neurath als Außenminister auch dann ermbalden, in Lausanne mit voller Autorität die deutsche Stimme zu führen, wenn das Kabinett Papen mit der Reichstagsauflösung seine Geschäftsführung beginnt. Denn die Neuanfangspartner wissen nur zu gut, daß in diesem Falle bereits ein Volksurteil unterwegs ist, das den deutschen Tributwiderstand nur bestärken und verheilen kann. Und sie sind sich auch darüber klar, daß der Kurswechsel in Deutschland die Einteilung einer aktiveren und energiegeladeneren Außenpolitik bedeutet. Das Pariser „Journal“ meint mit Recht, daß die Herbeiführung einer solchen Wendung nicht zuletzt der Grund von Hindenburgs Eingreifen gewesen sei. Er wolle, noch nicht zufrieden damit, daß er in Gemeinschaft mit Brünings erklärte, daß Deutschland nicht mehr zahlen könne, noch Geld verlangen und behaupten, daß zuviel bezahlt worden sei, und auf dem Abrüstungsgebiet wolle er wohl das Recht der Wiederbewaffnung verlangen. Die Ruhe, mit der

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 9 und 10